Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 539

Dienstag, 15. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: Bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Kassenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1058 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Papen setzt die Parteiverhandlungen fort

Appell Straßers an den Reichspräsidenten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Nov. Der Kanzler trifft am Dienstagmittag wieder in Berlin ein. Am gleichen Tage werden auch die Besprechungen mit den Parteiführern fortgesetzt werden. Am Dienstagnachmittag dürfte von der Volkspartei Dr. Dingeldey empfangen werden. Auf morgen hat der Reichskanzler die Besprechungen mit Kaas und Schäffer angesetzt. Ueber die Stellungnahme der Nationalsozialisten liegt eine offizielle Verlautbarung noch nicht vor. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhange nur ein Artikel zur politischen Lage, den Gregor Straßer in der Nationalsozialistischen Korrespondenz veröffentlicht, und in dem es u. a. heißt: „Darum ist das Gebot der Stunde, für das es kein Ausweichen und kein Entrinnen gibt.

dieser neuen, zur größten Partei überhaupt gewordenen Bewegung den Staat, die Führung des Volkes zu übergeben, auf daß sie sich bewähre, oder beim Versagen zugrundegehe.

Niemand, der verantwortlich für Deutschland handeln muß und will, kommt an dieser Konsequenz vorbei. Es gibt keine für den Aufbau eines neuen Deutschlands notwendige Ruhe und Ordnung, wenn nicht diese Notwendigkeit erfüllt wird. Erfüllt man sie nicht, so erfolgt eine Radikalisierung der in ihrer Befreiungssehnsucht enttäuschten Menschen, die dem hohnvoll wartenden Bolschewismus den sicheren Sieg verschafft, nicht aus der Richtigkeit der für Europa und Deutschland unerträglichen bolschewistischen Gedankengänge, sondern aus der Verzweiflung der enttäuschten Menschen heraus."

Straßers Aufsatz schließt mit einem Appell an den Reichspräsidenten und mit den Worten: „Welche unerhörte Symbolik und Kraft läge darin,

wenn der Herr Reichspräsident, der große Repräsentant einer alten preußischen und deutschen Geschichte, in seiner Person die Brücke schlüge zum nationalsozialistischen Deutschland der Zukunft!"

Auch sonst machen sich Bestrebungen bemerkbar, den Reichspräsidenten in die Verhandlungen so bald wie möglich einzuschalten, zumal von manchen Parteien dem Reichskanzler im Gegensatz zu dessen eindeutigen Erklärungen, an deren Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln ist, der gute Wille zur Herbeiführung der nationalen Konzentration noch immer abgesprochen wird.

Scharfe Stellungnahme gegen Papen

Der „Völkische Beobachter" nach dem Verbot

München, 15. Nov. Der „Völkische Beobachter" ist am Dienstag, nach Ablauf der Verbotsfrist, zum ersten Male wieder erschienen. Er bringt unter anderem eine Stellungnahme zu dem Verbot, worin es heißt, Papen habe gezeigt, daß er als Partner für ernsthafte politische Unterhaltungen gar nicht in Frage komme. Daß er in seiner verzweifelten Lage gar nicht mehr zu wissen scheine, was er eigentlich wolle, das gehe auch schon daraus hervor, daß er die gleichen Parteien, die er noch zwei Tage vor der Wahl als elende Parteibürokratie verunglimpft habe, wenige Tage später zu einer Aussprache über die nationale Konzentration zu animieren versuche. Eine solche Sprunghaftigkeit im Wechsel der Auffassungen könne beim besten Willen nicht mehr als Ausfluß einer „autoritären" Staatsführung bewertet werden.

Der „Völkische Beobachter" bringt an der Spitze seiner Ausgabe eine Auflagenachricht des kommissarischen preußischen Ministers des Innern mit der Ueberschrift „Die Wahrheit über die Streikausschreitungen in Berlin-Schöneberg am 4. November 1932". Darin heißt es, daß der „Völkische Beobachter" unter der Ueberschrift „Sie lassen auf verzweifelte Arbeiter schießen!" in völlig unwahrer und erfundener Weise über die Erschießung des SA.-Mannes Reppich in Berlin-Schöneberg berichtet habe.

Nebeneinander bei der Hauptmann-Ehrung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. Nov. Am Dienstagvormittag erschien der abgesetzte sozialdemokratische preußische Kultusminister Grimme bei Gerhart Hauptmann und überreichte ihm die Verleihungsurkunde für die Große Preußische Staatsmedaille, deren Inhalt eine Demonstration gegen die preußische Kommissariatsregierung darstellt. Die Herren Braun und Severing sind offenbar der Ansicht, daß sie allein berechtigt seien, einen derartigen „Hoheitsakt" zu vollziehen. Gleichzeitig teilen die Herren Braun und Severing mit, daß sie heute an der Festaufführung für Gerhart Hauptmann nicht teilnehmen werden, weil sie es nicht für richtig hielten, im preußischen Staatstheater als Gäste der Reichsregierung einer ohne ihre Mitwirkung eingeleiteten Aufführung beizuwohnen. Im übrigen seien sie erst am Sonntag nachträglich eingeladen worden. Der preußische Kultusminister Grimme wird nur an der privaten Gerhart-Hauptmann-Feier der marxistischen Volksbühne, wo Herr von Kerr vom „Berliner Tageblatt" die Rede hält, teilnehmen.

Aus Kreisen der kommissarischen Preußenregierung verlautet, daß durch dieses Vorgehen der Herren Braun und Severing an der Sachlage und an dem Verlauf der offiziellen Feier im Schauspielhaus nichts geändert werde. Sie habe in keiner Weise die Absicht, sich in dieser Frage in das Fahrwasser der Demonstrationen zu begeben und könne nur mit Genugtuung feststellen, daß in der Frage der Ehrung von Gerhart Hauptmann Einmütigkeit vorhanden sei, die in der Ueberreichung der Staatsmedaille bei der Feier im Schauspielhaus zum Ausdruck komme. Die Ueberreichung werde durch Reichskommissar Dr. Bracht als Vertreter der Regierung erfolgen. Auch an der Ueberreichung einer eigenen Verleihungsurkunde durch den Reichskommissar habe sich nichts geändert, zumal die von der Regierung Braun überreichte Urkunde nicht das Staatssiegel trage und auch die preußische Staatsmedaille selbst nicht ausgehändigt worden sei. Das aufgetretene Mißverständnis werde im übrigen bedauert und darauf hingewiesen, daß auch die preußischen Staatsminister eingeladen worden seien, an der Feier teilzunehmen.

Kühle Aufnahme des französischen Planes

Kritische Londoner Stimmen

London, 15. Nov. Der französische Abrüstungs- und Sicherungsplan wird von der englischen Presse als wertvoller Beitrag zum Abrüstungsproblem und als geeigneter Ausgangspunkt für Besprechungen bezeichnet. Es wird aber auch erklärt, daß es sich nicht um Vorschläge handele, die in Bausch und Bogen angenommen oder abgelehnt werden müßten. In den konservativen Blättern werden Zweifel an der praktischen Durchführbarkeit einiger Punkte geäußert, vor allem in bezug auf die Rolle, die dem Völkerbund im Falle eines bewaffneten Konfliktes zugedacht ist. Das Arbeiterblatt „Daily Herald" begnügt sich mit der Forderung, Sir John Simon solle die Hauptgedanken des französischen und des amerikanischen Planes energisch unterstützen und namens der britischen Regierung einen ebenso entscheidenden Beitrag zum Abrüstungsproblem leisten. Der liberale „News Chronicle" sagt, bei den interessanten Vorschlägen blieben u. a. einige wesentliche Punkte unklar, z. B.

die Frage des Umfanges der Armee mit kurzer Dienstzeit und die der Kolonialtruppen.

„Morning-Post" bemerkt, der Plan ordne alle anderen Erwägungen dem Gedanken unter, die Gefährdung der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu beseitigen. Es sei allerdings fraglich, ob der Völkerbund fähig sein werde, im Notfall mit genügender Schnelligkeit und Einigkeit zu handeln und ob Großbritannien bereit sein werde, an dem vorgeschlagenen Mittelmeerpakt teilzunehmen. „Daily Telegraph" stellt fest, daß die „zur Definition des Angreifers" empfohlene Methode mit der britischen Auffassung in Widerspruch stehe. Das gleiche gelte von den Vorschlägen über Zwangsmaßnahmen gegen einen Angreifer. Die britische Regierung werde sich das Recht vorbehalten, darüber zu entscheiden, ob sie zum Kriege schreite, und, wenn ja, mit welchen Mitteln. „Times" schreibt, der französische Plan enthalte einige Punkte, die auf den ersten Blick hin schwerlich als annehmbar betrachtet werden könnten, aber der allgemeine Sinn des Planes stehe im Grunde nicht in Widerstreit mit den Vorschlägen, die von der britischen Regierung in großen Zügen bekanntgegeben worden seien. Somit brauche kein endgültiges Hindernis gegen eine Verschmelzung der Vorschläge Frankreichs, Großbritanniens und Amerikas über einen Plan der Rüstungsverminderung und -begrenzung zu bestehen.

„Eine Art Reichswehr für Frankreich"

Paris, 15. Nov. Der französische Abrüstungs- und Sicherheitsplan findet in der Presse mit Ausnahme des sozialistischen „Populaire" eine günstige Aufnahme. Das Organ der sozialistischen Partei ist der Auffassung, daß der endgültige Wortlaut des Plans die Gegensätze nicht abschaffe, die zwischen der Sicherheit und der Abrüstung beständen. Er führe auch nicht zur gewünschten Abrüstung, sondern im Gegenteil zu einer gewissen Aufrüstung Deutschlands einerseits und

für Frankreich zur Schaffung einer Art Reichswehr neben dem bereits bestehenden Heer.

Der Hinweis, daß bei der Rekrutierung den bestehenden Ungleichheiten und Rekrutierungsmöglichkeiten Rechnung getragen werden müsse, stelle eine so weitgehende Abweichung vom Prinzip der Gleichheit der Staaten dar, daß die Verwirklichung des Prinzips dadurch in Frage gestellt werde. Man vermisse jeden Hinweis auf die Zerstörung des bereits vorhandenen Kriegsmaterials. Das „Echo de Paris" wirft dem Plan vor, den Wirklichkeiten der augenblicklichen Lage nur wenig Rechnung zu tragen. Man müsse jedoch feststellen, daß er im Verlaufe der letzten beiden Wochen wesentliche Veränderungen erfahren habe, die ihn wenigstens dem Geiste nach als zufriedenstellend qualifizierten. Die Verwirklichung des Plans werde es dem Völkerbund endlich ermöglichen, die Rolle zu spielen, die ihm seine Schöpfer zugedacht hätten.

Ablehnung in Berlin

Berlin, 15. November. Der nunmehr im Wortlaut vorliegende französische „Abrüstungsplan" wird in Berliner politischen Kreisen sehr zurückhaltend beurteilt; man weist jedenfalls darauf hin, daß der Plan in verschiedenen Punkten erheblich anders aussehe, als die Ausführungen, die der französische Ministerpräsident Herriot unlängst gemacht hatte und die vom Reichskanzler von Papen in seinen Ausführungen vor der Auslandspresse in gewissem Sinne als ein Fortschritt bezeichnet worden waren. Der Wortlaut des französischen Gesamtplanes hat also sehr viel Wasser in den Wein gegossen. Die Feststellung der englischen öffentlichen Meinung, unter anderem der „Times", wonach im französischen Plan die sogenannte Sicherheit die Abrüstung völlig überschatte,

und daß damit die Kernfrage der deutschen Gleichberechtigung durch zahlreiche andere Probleme der Abrüstungskonferenz in den Hintergrund gedrängt werde,

entspricht auch der deutschen Auffassung. Die französischen Sicherheitsforderungen sind im Grunde nichts anderes als eine Umbildung und Ausarbeitung des alten Genfer Protokolls vom Jahre 1924. Gerade was diese französischen Sicherheitswünsche angeht, besonders den Gedanken einer Völkerbundsarmee und die Verpflichtung der Staaten zur Kriegführung gegen den sogenannten Angreifer, so werden nunmehr England und Italien das Wort haben. Es ist kaum anzunehmen, daß sich diese Länder auf derartige Pläne werden festlegen lassen.

Die Ministerpräsidentenwahl in Preußen wird weiter verzögert

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. November. Nach Mitteilung von nationalsozialistischer Seite soll die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten noch nicht auf der Tagesordnung der preußischen Landtagssitzung am 24. November stehen, da erst die Entwicklung der politischen Lage im Reich abgewartet werden soll. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einem längeren Tagungsabschnitt bis zum 20. Dezember.

Ein Uebergriff des Bischofs von Lüttich

Stimmabgabe für die deutsche Liste verboten

Brüssel, 15. November. Der Bischof von Lüttich hat in einer Kundgebung von den Kanzeln der Dekanate Eupen-Malmedy und St. Vith verlesen lassen, daß der Katholik einzig und allein für die Liste der Katholischen Union zu stimmen habe; die Liste der Christlichen Volkspartei, das heißt, die deutsche Liste, zu wählen, sei dem katholischen Gewissen verboten. Auch habe sich der Katholik jeder Unterstützung dieser Partei zu enthalten.

In der Bevölkerung Eupens und Malmedys hat dieser bischöfliche Uebergriff eine grenzenlose Empörung hervorgerufen.

Man kann nur annehmen, daß der Bischof sich auf den Druck belgischer Regierungsstellen zu dieser Erklärung hat hinreißen lassen, um den Sieg eines deutschen Kandidaten zu verhindern, nachdem die Gemeindewahlen vom Oktober die Wahl eines deutschen Kammermitgliedes schon zur Gewißheit gemacht hatten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich nun der päpstliche Nuntius in Brüssel mit der Angelegenheit befassen wird. — Die Kammerwahlen finden am 27. November statt.

Neue Hungermärsche in Amerika

Neuyork, 15. Nov. Von Chikago aus hat am Montag ein neuer kommunistischer Hungermarsch der Erwerbslosen nach Washington begonnen. Die Hungermärschler wollen beim Kongreß vorstellig werden, damit dieser jedem Erwerbslosen eine einmalige Unterstützung für den Winter von fünfzig Dollar bewillige. Der kommunistische Sekretär des Landesausschusses der amerikanischen Arbeitslosenräte, Herbert Benjamin, hat angekündigt, daß sich weitere Hungermärsche aus San Franzisko und anderen Städten nach Washington in Bewegung setzen werden.

Kein Stocken der Siedlungsbewegung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 15. November. Aus einer Mitteilung über das Siedlungsergebnis dieses Jahres geht hervor, daß die Behauptungen, die Siedlungsbewegung sei ins Stocken geraten oder gar rückläufig geworden, unzutreffend ist. Auch die Behauptung, daß nicht genügend Siedlungsland zur Verfügung stehe, ist unzutreffend, da noch über 40 000 Hektar zur Verfügung stehen.